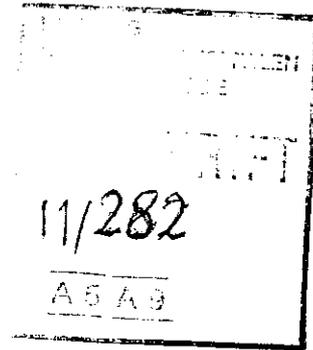


Stadt Witten
Der Bürgermeister

Witten, den 30. November 1990

An alle Landtagsabgeordneten
Haus des Landtags
Ständehausstraße 1
4000 Düsseldorf



Resolution des Rates der Stadt Witten zum Regierungsentwurf
des Landes Nordrhein-Westfalen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1991

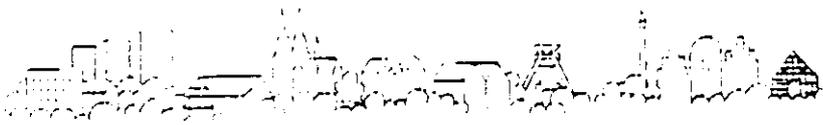
Sehr geehrte Damen und Herren !

Der Rat hat sich in seiner Sitzung am 26. November 1990 einstimmig
dem beigefügten Schreiben der Sozialdemokratischen Gemeinschaft
für Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen vollinhaltlich ange-
schlossen.

Ich gebe Ihnen diese Resolution zur Kenntnis und wäre Ihnen für ei-
ne Unterstützung sehr verbunden.

Mit freundlichen Grüßen


Klaus Lohmann



Die Landesvorsitzende

An die
SPD-Landtagsabgeordneten
in Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, 18. Oktober 1990 p/k

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

mit Bestürzung haben wir sozialdemokratischen Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen den am 16. Oktober vom Kabinett beschlossenen Regierungsentwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1991 (GFG 91) zur Kenntnis genommen. Nach eingehender Vorberatung seines Finanzausschusses hat der Landesvorstand der SGK zu dem Regierungsentwurf wie folgt Stellung genommen.

Der Regierungsentwurf des GFG 91 belastet den kommunalen Finanzausgleich in unerträglichem Maße zugunsten des Landeshaushalts: Der allgemeine Steuerverbund soll durch folgende Maßnahmen um insgesamt rd. 700 Mio DM gekürzt werden:

- 1) Die Gewerbesteuerumlage soll nicht mehr in die Verbundgrundlagen einbezogen werden.
Verlust: 184 Mio DM.
- 2) Aufgaben, die bisher unmittelbar aus dem Landeshaushalt finanziert wurden, sollen nunmehr von den Kommunen bezahlt werden (Befrachtung des Steuerverbunds). Zu diesen Aufgaben zählen
 - die Hilfsmaßnahmen zugunsten der Gemeinde, Städte und Kreise in den neuen Ländern (130 Mio DM)
 - die Finanzierung von Übergangsheimen (200 Mio DM)
 - der Bau und die Einrichtung von Kindergärten (119 Mio DM)

Durch diese Befrachtung mit Landesaufgaben wird der allgemeine Steuerverbund um 446 Mio DM gekürzt.

- 3) Im Jahr 1991 fließt dem kommunalen Finanzausgleich die Nachzahlung der im Jahr 1989 zu wenig gezahlten Beträge zu (sog. Abrechnung 1989). Diesen Nachzahlungsbetrag von 697,7 Mio DM hat das Land durch den Nachtragshaushalt 1990 um 50 Mio DM gekürzt, um damit den Landesanteil für den Bau von Übergangsheimen zu finanzieren.

Die beabsichtigte Kürzung des allgemeinen Steuerverbundes ist finanzpolitisch nicht zu rechtfertigen. Die finanziellen Dauerschäden des massiven Eingriffs werden zwar in 1991 vordergründig durch die hohe Abrechnung aus dem 89er Finanzausgleich kaschiert. 1992 wirken sie aber fort und reduzieren das normale Verbundwachstum gegen Null!

Für die geplanten Kürzungen gibt es keine plausible Begründung. Im Gegenteil! Die günstige Steuerentwicklung des Jahres 1990 hat dazu geführt, daß die Neuverschuldung des Landes weit unter dem im Haushaltsplan veranschlagten Betrag von 5,3 Mrd. DM bleiben wird. Nach der amtlichen Statistik betrug die Neuverschuldung in den ersten acht Monaten lediglich 923 Mio DM. Es widerspricht jeglicher Lebenserfahrung, daß das Land im letzten Drittel des Jahres noch weitere Kredite in Höhe von 4,377 Mrd. DM, das sind mehr als 80% der für das ganze Jahr veranschlagten Summe, aufnehmen wird.

Vor diesem positiven Hintergrund ist die geplante einschneidende Belastung der Kommunen, der ja eine entsprechende Entlastung des Landeshaushalts gegenübersteht, nicht nur völlig unverständlich, sie steht auch im krassen Gegensatz zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau vom 15. August 1990, die gleichmäßige Finanzentwicklung aller Haushaltsebenen sei das Hauptziel der Finanzpolitik des Landes.

Nach eigenen Angaben des Finanzministers haben sich die Steuereinnahmen des Landes von 1981 bis 1991 um 58,6% erhöht (1981: 35,1 Mrd. DM, 1991: 55,7 Mrd. DM), der Anteil der Gemeinden am allgemeinen Steuerverbund wurde in dieser Zeit jedoch nur um 23,7% (1981: 9,7 Mrd. DM, 1991: 12,1 Mrd. DM) erhöht.

Angesichts dieser Entwicklung und im Hinblick auf die vergleichsweise positive Situation der Landesfinanzen appelliert der Vorstand der SGK an alle sozialdemokratischen Mitglieder des Landtags, die vorgesehenen unerträglichen Kürzungen des Steuerverbunds zu verhindern und die Solidarität des Landes mit seinen Kommunen wiederherzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Zech

Sabine Zech